

SPD befürchtet Qualitätseinbußen

KIBIZ. Verwaltung soll die Folgen des neuen Kinderbildungsgesetzes für Dinslaken abschätzen.

DINSLAKEN. Der Entwurf des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) sorgt für viele Diskussionen. Kritiker befürchten, dass die Qualität der Kinderbetreuung nicht - wie angekündigt - verbessert, sondern eher schlechter wird. Auch der Dinslakener SPD-Fraktionsvorsitzende Michael Heidinger ist nach einem Gespräch mit dem sozialpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Norbert Killewald, besorgt. Der Gesetzentwurf ließe befürchten, dass das KiBiz aufgrund seiner systematischen Unterfinanzierung eine qualitativ hochwertige Bildungsarbeit in den Kindertageseinrichtungen kaum noch zuließe, so Heidinger. Sollten erste Hochrechnungen zutreffen, würden die Zuwendungen für eine dreigruppige Einrichtung um gut 56 000 Euro, für eine zweigruppige um knapp 70 000 Euro reduziert werden. Da gleichzeitig der Elternbeitragsanteil auf 19 Prozent festgeschrieben werden soll, befürchtet Heidinger massive Erhöhungen der Elternbeiträge. Er will sich im September an den landesweiten Protesten gegen das Gesetz beteiligen.

Um die Auswirkungen für Dinslaken abschätzen zu können, hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, bis zur ersten Sitzung des Rates und des Jugendhilfeausschusses nach der Sommerpause eine Folgeabschätzung zu erstellen.

Das wird aber kaum möglich sein, meinte Stadtsprecher Horst Dickhäuser. Das Gesetz sei noch nicht verabschiedet, Ausführungsbestimmungen lägen noch nicht vor, der Betreuungsbedarf sei noch nicht ermittelt. (rme)

07.08.2007